



UNTERNEHMENSREGISTER

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Unternehmensregister.

Informationen:

Internet-Adresse: www.unternehmensregister.de
Einstellungsdatum: 18. August 2023
Rubrik: Jahresabschlüsse/Jahresfinanzberichte
Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse
Veröffentlichungspflichtiger: Eisai GmbH , Frankfurt am Main
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 230722004149
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Eisai GmbH

Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. April 2022 bis zum 31. März 2023

1. Allgemeines

Die Eisai GmbH, Frankfurt am Main, ist die deutsche Vertriebsgesellschaft des Eisai Co., Ltd. -Konzerns, Tokio, Japan, die Präparate zur Behandlung von Erkrankungen in den Bereichen Onkologie und Neurologie vermarktet. Darüber hinaus vertreibt das Unternehmen einige Präparate in den Bereichen Gastroenterologie, Schmerz und Alzheimer Demenz. Der operative Bereich der Eisai GmbH ist in drei Geschäftseinheiten unterteilt: die Business Group Oncology, die Business Group Neurology und die Business Group Mature and Local Brands.

Geschäftseinheit Onkologie (Business Group Oncology): Der Schwerpunkt des Bereichs Onkologie liegt auf drei Präparaten: Halaven[®] (zur Behandlung von Patienten mit lokal fortgeschrittenem oder metastasiertem Brustkrebs oder von Patienten mit nicht resezierbaren fortgeschrittenen bzw. metastasierten Liposarkomen), Lenvima[®] (zur Behandlung von Leber- und Schilddrüsenkarzinomen), sowie Kisplyx[®] (zur Behandlung von Nierenkarzinomen). Das Präparat Targretin[®] (Wirkstoff Bexaroten) ergänzt das Produktportfolio des Bereichs Onkologie.

Geschäftseinheit Neurologie (Business Group Neurology): Der Schwerpunkt des Bereichs Neurologie liegt auf zwei Antiepileptika: Fycompa[®], sowie das Orphan Drug Inovelon[®]. Der Vertrieb von Zonegran[®] war im März 2022 ausgelaufen. Der Fokus in der EMEA-Region liegt auf der Vermarktung von Fycompa[®], das seit Dezember 2017 auch wieder in Deutschland vertrieben wird. Fycompa[®] (Wirkstoff Perampanel) ist in der EU als Zusatztherapie fokaler Anfälle zugelassen.

Geschäftseinheit Sonstige Produkte (Business Group Mature and Local Brands): Hierzu gehören neben den Präparaten Aricept[®] und Pariet[®] als ehemalige Hauptumsatzträger auch Anxut[®], dessen Vertrieb im Oktober 2022 eingestellt wurde.

Der Eisai-Konzern ist ein internationaler forschungs- und entwicklungsorientierter Pharmakonzern mit Stammsitz in Tokio (Japan), und konzentriert seine Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf die Bereiche, in denen ein hoher ungedeckter medizinischer Bedarf besteht, insbesondere der Onkologie und der Neurologie. In seinen Unternehmen in den USA, Asien, dem EMEA-Raum (Europa, Naher Osten, Afrika plus Russland und Ozeanien) und seinem Heimatmarkt Japan beschäftigt Eisai über 11.000 Mitarbeiter.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Kalenderjahr 2022 stieg der Umsatz des Pharma-Gesamtmarktes (Klinik und Apotheke) gemäß IQVIA Marktbericht Deutscher Pharmamarkt 2022 gegenüber dem Vorjahr um 5,4% und der Absatz um 2,3%. Im Segment Apotheken stieg der Umsatz um 5,5% auf 46,6 Milliarden Euro. Im Kalenderjahr 2022 sind die Umsätze mit den gesetzlichen Krankenversicherungen um 5,3% auf 50,0 Milliarden Euro und die Absatzmengen um 4,5% höher ausgefallen als im Vorjahr.

Die für die Gesellschaft relevanten Teilmärkte befinden sich im Bereich Anti-Epileptika (Neurologie) und Onkologie. Im Anti-Epileptika Markt (N03A0 gesamt) ist Eisai GmbH mit zwei Produkten vertreten (Fycompa[®] und Inovelon[®]). In der Onkologie finden sich Lenvima[®] und Kisplyx[®] in der Gruppe der Proteinkinasehemmer (LO1H). Beide Teilmärkte unterliegen trotz ihrer Abhängigkeit vom Gesamtmarkt einer eigenen Dynamik.

Am 12. November 2022 ist das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStabG) in Kraft getreten. Kern des Gesetzes sind Finanzreformen in allen Bereichen der gesetzlichen Krankenversicherung: Die Preisbildung von Arzneimitteln ist reformiert, die Honorierung von Ärzten verändert, die Finanzreserven der Krankenversicherung abgeschmolzen, der Apothekenabschlag erhöht worden. Die Pharmaindustrie ist unmittelbar durch folgende fünf Maßnahmen zur Reduktion der Kosten und der Finanzierungslücke im Gesundheitswesen betroffen:

Herstellereabschlag: Für das Jahr 2023 wird der Herstellereabschlag insbesondere für patentgeschützte Arzneimittel um 5 Prozentpunkte erhöht.

Kombinationsabschlag: Für Kombinationstherapien mit Arzneimitteln mit neuen Wirkstoffen wird ein Kombinationsabschlag i.H.v. 20,0% auf den Erstattungsbetrag zum 1. Mai 2023 eingeführt.

Reform des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes AMNOG: Strukturelle Änderungen der Preisbildung von neuen Arzneimitteln, die keinen oder nur einen geringen Zusatznutzen haben, sowie ergänzende Maßnahmen zur Dämpfung des Ausgabenanstiegs bei patentgeschützten Arzneimitteln.



Apothekenabschlag: Der Apothekenabschlag wird von EUR 1,77 auf EUR 2,00 je Arzneimittelpackung auf zwei Jahre befristet erhöht.

Preismoratorium: Das Preismoratorium bei Arzneimitteln wird bis Ende 2026 verlängert, ergänzt um eine Ausstiegsregelung für bekannte Arzneimittel mit neuem Anwendungsgebiet.

3. Ertragslage

Die Eisai GmbH hat im abgelaufenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 66.531 erzielt, was einen Rückgang um 1,9% gegenüber dem Vorjahreswert von TEUR 67.844 bedeutet. Die Umsatzerlöse entfallen auf die Onkologie mit TEUR 49.575 (Vorjahr: TEUR 50.512), die Neurologie mit TEUR 16.261 (Vorjahr: TEUR 16.452) und die Mature and Local Brands mit TEUR 695 (Vorjahr: TEUR 880). Die Umsatzerlöse sind ein bedeutsamer finanzieller Leistungsindikator, über den das Unternehmen gesteuert wird.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich von TEUR 2.381 auf TEUR 1.876 verringert, im Wesentlichen wegen rückläufigen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 1.123; Vorjahr: TEUR 1.739).

Die Aufwendungen für bezogene Waren sind um 4,3% von TEUR 38.480 auf TEUR 36.827 gesunken. Der prozentuale Anteil des Materialaufwands an den Umsatzerlösen liegt mit 55,4% etwas unter dem Vorjahreswert von 56,7%, da die Einkaufspreise seitens der Lieferanten innerhalb des Eisai-Konzerns angepasst wurden. Der „Rohertrag“ (Rohertrag = Umsatzerlöse abzüglich Materialaufwand) beträgt TEUR 29.705 (Vorjahr: TEUR 29.363).

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund variabler Vergütungen und des Stellenaufbaus von TEUR 17.747 auf TEUR 19.323 um 8,9% gestiegen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden durchschnittlich 148 Mitarbeiter (Vorjahr: 143 Personen) beschäftigt. Der Netto-Anstieg um fünf Personen resultiert einerseits aus einer Reorganisation und einhergehendem Personalabbau aufgrund des GKV-FinStabG, und andererseits aus dem Aufbau der Organisation zur Vorbereitung auf neue Produkte und Indikationserweiterungen.

Die Abschreibungen auf Anlagevermögen belaufen sich auf TEUR 152 (Vorjahr: TEUR 152).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 174 auf TEUR 9.785 gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Wesentliche Posten sind Werbeaufwendungen (TEUR 3.996; Vorjahr: TEUR 4.380), Reisekosten (TEUR 1.268; Vorjahr: TEUR 592), und Gebäudemiete und Nebenkosten (TEUR 665; Vorjahr: TEUR 585) und Fahrzeugleasing (TEUR 645; Vorjahr: TEUR 849).

Das Ergebnis vor Ertragssteuern beläuft sich auf TEUR 2.303 (Vorjahr: TEUR 3.879). Die Aufwendungen für Ertragssteuern sind auf TEUR 599 (Vorjahr: TEUR 1.413) gesunken.

Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 1.704 (Vorjahr: TEUR 2.466). Die Umsatzrentabilität beträgt im Geschäftsjahr 2022/23 somit 2,6% (Vorjahr: 3,6%).

4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Eisai GmbH liegt zum 31. März 2023 mit TEUR 50.097 um 23,2% (TEUR 15.146) unter dem Vorjahreswert von TEUR 65.243.

Die Vorräte haben sich um TEUR 6.148 von TEUR 32.636 auf TEUR 38.784 erhöht, nachdem die Bevorratung der absatzstarken Produkte erhöht wurde. Die Vorräte haben sich 1,9-fach (Vorjahr: 2,7-fach) umgeschlagen (Umsatzerlöse geteilt durch durchschnittlichen Vorratsbestand).

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen liegen mit TEUR 5.321 um 25,1% unter dem Vorjahreswert von TEUR 7.103, da die Teilnahmequote der Kunden am Lastschriftinzugsverfahren gesteigert und die Häufigkeit der Einzüge im Monatsschnitt erhöht wurde. Die Reichweite der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Forderungsbestand x 360 geteilt durch Umsatzerlöse) beträgt 29 Tage (Vorjahr: 38 Tage).

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen haben sich um TEUR 18.741 auf TEUR 1.038 und die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen um TEUR 17.214 auf TEUR 9.022 verringert. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen in voller Höhe Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr: TEUR 984). Im Vorjahr sind darüber hinaus TEUR 18.795 Cashpool-Forderungen gegen die Gesellschafterin enthalten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren in Höhe von TEUR 6.060 (Vorjahr: TEUR 26.236) aus dem Liefer- und Leistungsverkehr. Darüber hinaus sind Cash-Pool Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von TEUR 2.962 (Vorjahr: TEUR 0) enthalten.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Ertragsteuerforderungen in Höhe von TEUR 1.956 (Vorjahr: TEUR 0). Dies ist auf Unterschiede bei Vorauszahlungen, Erstattungsansprüchen und Nachzahlungen im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

Das Eigenkapital liegt zum 31. März 2023 aufgrund des Jahresüberschusses von TEUR 1.704 mit TEUR 28.504 über dem Vorjahreswert von TEUR 26.800. Die Eigenkapitalquote beträgt 56,9% (Vorjahr: 41,1%).

Die sonstigen Rückstellungen liegen mit TEUR 9.998 über dem Vorjahreswert von TEUR 5.909. Sie enthalten als wesentliche Posten Rückstellungen für Kundenrückvergütungen aufgrund des Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinStG) von TEUR 3.016 (Vorjahr: TEUR 0), Rückstellungen für Herstellerrabatte und sonstige Kundenrückvergütungen von TEUR 2.851 (Vorjahr: TEUR 2.235) und Personalrückstellungen von TEUR 3.072 (Vorjahr: TEUR 3.041).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 599 auf TEUR 1.720 verringert. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind um TEUR 562 auf TEUR 818 gesunken und enthalten im Wesentlichen Umsatzsteuerverbindlichkeiten.

5. Finanzlage



Die liquiden Mittel sind von TEUR 5.242 auf TEUR 2.487 zurückgegangen.

Im Geschäftsjahr 2022/23 wurden TEUR 179 in die Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. Das Anlagevermögen der Gesellschaft ist zu 100% durch Eigenkapital gedeckt.

6. Risikobericht

Ausfallrisiken im Bereich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden durch ein proaktives Forderungsmanagement in Verbindung mit unseren Erfahrungswerten bezüglich des Zahlungsverhaltens unserer Kunden minimiert. Ein nennenswertes Währungsrisiko besteht nicht, da alle relevanten Geschäftsvorfälle in Euro abgewickelt werden.

Ein Risiko aufgrund von Preisänderungen ist durch generische Konkurrenzpräparate und die Einführung neuer Produkte gegeben. Darüber hinaus ist aufgrund des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMIMOG) für alle neuen Produkte eine Nutzenbewertung obligatorisch. Dies kann zu Preisrisiken und zusätzlich auch zu Rückerstattungen im Rahmen von Rabatten entsprechend des AIMMOG an die Krankenkassen führen.

Darüber hinaus lässt sich ein kontinuierlich steigender Kostendruck im Gesundheitswesen beobachten. Auf Ebene der Bundesregierung finden daher Gespräche statt, um einen Konsens über geeignete Maßnahmen zur Reduktion der Kosten und der Finanzierungslücke im Gesundheitswesen zu finden, die mit der Verabschiedung des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes (GKV-FinStabG) am 12. November 2022 konkretisiert worden sind.

Um eine zeitnahe und lückenlose Versorgung der Nachfrage nach Medikamenten zu gewährleisten, muss die Gesellschaft permanent eine ausreichende Menge an Produkten Vorhalten. Zur Sicherstellung der Verfügbarkeit werden Bestandsentwicklungen fortlaufend geprüft und monatlich an Mitglieder des Managements berichtet.

7. Chancenbericht

Das kommende Geschäftsjahr ist durch zwei Schwerpunkte geprägt. Einerseits gilt es, die Nachfrage für die bestehenden Produkte weiter auszubauen. Der Fokus liegt dabei vor allem auf den Wachstumspräparaten Fycompa[®], Lenvima[®] und Kisplyx[®]. Der zweite Schwerpunkt liegt auf der Vorbereitung für neue Produkte und Indikationserweiterungen.

Der Fokus im Geschäftsbereich Neurologie richtet sich dabei auf ein neues Produkt zur Behandlung der Alzheimer-Krankheit. Das Produkt befindet sich aktuell im Zulassungsverfahren. Die Entscheidung der Behörden wird zum Ende des Geschäftsjahres erwartet.

Im Geschäftsbereich Onkologie sind weitere Indikationserweiterungen geplant. Für Lenvima[®] laufen aktuell mehrere Zulassungsstudien, deren Ergebnisse im Laufe des Geschäftsjahres erwartet werden. Bei entsprechender Datenlage könnte mit Zulassungen in der ersten Hälfte des kommenden Geschäftsjahres gerechnet werden, so dass auch hierfür frühzeitig Vorkehrungen getroffen werden müssen.

8. Prognosebericht

Das am 12. November 2022 in Kraft getretene GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStabG) wirkt sich auch im Geschäftsjahr 2023/24 auf die erzielbaren Absatzpreise aus. Darüber hinaus wird die Kostenbasis im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich ansteigen, was vor allem durch die Vorbereitung auf zukünftige Produkte und Indikationserweiterungen verursacht wird. Durch das geplante Wachstum der Absatzmengen bei bestehenden Produkten werden zeitgleich leicht steigende Umsatzerlöse erwartet, so dass gegenüber 2022/23 ein leicht höherer Jahresüberschuss budgetiert ist.

Frankfurt am Main, 13. Juli 2023

Die Geschäftsführung

Gary Hendler

Nicholas Burgin

Bilanz zum 31.03.2023

Aktiva

	31.03.2023 EUR	31.03.2022 EUR
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	318.253,50	360.973,28
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Waren	38.783.937,34	32.635.802,52
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5.321.253,84	7.103.183,08
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.038.098,96	19.779.181,40
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.148.429,60	121.315,75
	8.507.782,40	27.003.680,23
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.486.540,60	5.242.293,69
	49.778.260,34	64.881.776,44
	50.096.513,84	65.242.749,72

Passiva

	31.03.2023 EUR	31.03.2022 EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	7.669.378,21	7.669.378,21
II. Gewinnvortrag	19.130.796,92	16.665.216,96
III. Jahresüberschuss	1.704.258,09	2.465.579,96
	28.504.433,22	26.800.175,13
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	34.699,69	32.112,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	2.567.688,07
3. Sonstige Rückstellungen	9.998.227,21	5.909.393,87
	10.032.926,90	8.509.193,94
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.719.534,52	2.318.577,01
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.022.072,90	26.235.670,80
3. Sonstige Verbindlichkeiten	817.546,30	1.379.132,84

31.03.2023 EUR	31.03.2022 EUR
11.559.153,72	29.933.380,65
50.096.513,84	65.242.749,72

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2022/2023

	2022/2023 EUR	2021/2022 EUR
1. Umsatzerlöse	66.531.451,14	67.843.680,89
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.875.932,69	2.381.484,39
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Waren	36.826.892,67	38.480.185,90
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	17.178.977,95	15.641.516,79
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.144.167,13	2.105.195,37
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	152.464,92	152.169,88
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.785.323,87	9.959.596,94
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	875,00	2.090,91
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.057,36	9.809,65
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	599.116,84	1.413.201,70
10. Ergebnis nach Steuern	1.704.258,09	2.465.579,96
11. Jahresüberschuss	1.704.258,09	2.465.579,96

Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. April 2022 bis 31. März 2023

1. Allgemeine Angaben

Die Eisai GmbH ist eine beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 40792 eingetragene GmbH mit Sitz in der Edmund-Rumpler-Straße 3, 60549 Frankfurt am Main. Der Jahresabschluss zum 31. März 2023 der Eisai GmbH ist nach den Vorschriften des deutschen Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG aufgestellt worden.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden



Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode. Die Abschreibungssätze basieren auf der voraussichtlichen, betriebsindividuellen, wirtschaftlichen Nutzungsdauer, die für Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre beträgt. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten unter EUR 250 werden im Jahr der Anschaffung abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten zwischen EUR 250 und EUR 1.000 werden in einen Sammelposten eingestellt und über 5 Jahre linear abgeschrieben.

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Waren werden zu Anschaffungskosten oder zu den niedrigeren Wiederbeschaffungskosten oder zu den niedrigeren Verkaufspreisen abzüglich der bis zum Verkauf noch anfallenden Kosten angesetzt. Die Anschaffungskosten werden nach der FIFO-Methode ermittelt.

Alle erkennbaren Risiken im Vorratsvermögen, die sich aus überdurchschnittlicher Lagerdauer, geminderter Verwertbarkeit und niedrigeren Wiederbeschaffungskosten ergeben, sind durch angemessene Abwertungen berücksichtigt.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Einzelwertberichtigungen für zweifelhafte Forderungen und Pauschalwertberichtigungen zur Abdeckung des allgemeinen Kreditrisikos angesetzt.

Forderungen, die auf fremde Währungen lauten, werden mit dem Kurs am Tage des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden am Bilanzstichtag einheitlich mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Für Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt die Umrechnung am Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs nur dann, wenn sich hieraus niedrigere Forderungen ergeben.

Latente Steuern werden für Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt, sofern sich diese Differenzen in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich wieder umkehren und sich daraus Steuerbelastungen oder -entlastungen ergeben. Bei der Bewertung der latenten Steuern wird der kombinierte Ertragsteuersatz von 31,9 % zu Grunde gelegt. Dieser enthält neben der Körperschaftsteuer von 15,0 % und dem darauf zu entrichtenden Solidaritätszuschlag von 5,5 % den durchschnittlichen Gewerbesteuersatz in Höhe von 16,1 %. Nach Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern ergibt sich ein latenter Steueranspruch, der im Wesentlichen aus Bewertungsunterschieden bei Rückstellungen resultiert. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung wird in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt. Im Falle einer insgesamt bestehenden Steuerentlastung wird vom Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht.

Für Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Verpflichtungen aus Guthaben auf Zeitwertkonten dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB), erfolgt die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert. Die fortgeführten Anschaffungskosten treten gem. § 255 Abs. 4 Satz 3 HGB an die Stelle der beizulegenden Zeitwerte. Im Rahmen der Vermögens- und Schuldenverrechnung werden sich nach Saldierung der Pensionsverpflichtungen mit dem Deckungsvermögen ergebende Verpflichtungsüberhänge unter den Pensionsrückstellungen ausgewiesen. Bei einem Überhang der Vermögensgegenstände erfolgt der Ausweis als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung.

Der Erfüllungsbetrag von Pensionsverpflichtungen wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Bei der Festlegung des laufzeitkongruenten Rechnungszinssatzes wird von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht. Die Pensionsverpflichtungen werden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen 10 Jahre für eine Restlaufzeit von 15 Jahren, also 1,79% (Vorjahr: 1,82% p.a.) abgezinst. Der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen 7 Jahre für eine Restlaufzeit von 15 Jahren beträgt 1,50% (Vorjahr: 1,35%). Der Berechnung liegt die Annahme eines Rententrends von 2,40% (Vorjahr: 0,0%) p.a. zugrunde. Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf den Heubeck'schen Sterbetafeln (2018G).

Die Steuerrückstellungen für Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer werden auf Grundlage des erwarteten steuerlichen Einkommens und des Gewerbeertrags ermittelt.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen und werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Preis- und Kostensteigerungen angesetzt.

Die Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Verbindlichkeiten, die auf fremde Währungen lauten, werden mit dem Kurs am Tage des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr werden am Bilanzstichtag einheitlich mit dem Devisenkassamittelkurs umgerechnet. Für Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt die Umrechnung am Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs nur dann, wenn sich hieraus höhere Verbindlichkeiten ergeben.

3. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der Anschaffungskosten und Abschreibungen der einzelnen Posten ist im Anlagespiegel dargestellt, der als Anlage zum Anhang beigelegt ist.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Alle Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben unverändert zum Vorjahr eine Restlaufzeit von nicht mehr als einem Jahr. Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen in voller Höhe Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr: TEUR 984), von denen TEUR 141 (Vorjahr: TEUR 0) auf Forderungen gegen die Gesellschafterin entfallen. Im Vorjahr sind darüber hinaus TEUR 18.795 Cashpool-Forderungen gegen die Gesellschafterin enthalten. Die sonstigen Vermögensgegenstände betreffen mit TEUR 1.956 (Vorjahr: TEUR 0) Ertragsteuererstattungsansprüche.

Pensionsrückstellungen

Den Pensionsverpflichtungen von TEUR 491 (Vorjahr: TEUR 536) steht ein Deckungsvermögen von TEUR 456 (Vorjahr: TEUR 504) gegenüber, so dass sich ein Verpflichtungsüberhang von TEUR 35 (Vorjahr: TEUR 32) ergibt. Bei Anwendung des 7-Jahres Durchschnittszinssatzes hätte sich zum 31. März 2023 eine um TEUR 2 höhere Rückstellung ergeben.



Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten als wesentliche Posten Rückstellungen für Kundenrückvergütungen aufgrund des Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinStG) von TEUR 3.016 (Vorjahr: TEUR 0), Rückstellungen für Herstellerrabatte und sonstige Kundenrückvergütungen von TEUR 2.851 (Vorjahr: TEUR 2.235) und Personalarückstellungen von TEUR 3.072 (Vorjahr: TEUR 3.041).

Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten haben ausschließlich und unverändert zum Vorjahr eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren in Höhe von TEUR 6.060 (Vorjahr: TEUR 26.236) aus dem Liefer- und Leistungsverkehr, von denen TEUR 162 (Vorjahr: TEUR 273) auf Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin entfallen. Darüber hinaus sind Cash-Pool Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von TEUR 2.962 (Vorjahr: TEUR 0) enthalten. In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern von TEUR 812 (Vorjahr: TEUR 1.273) enthalten.

Haftungsverhältnisse

Es liegen keine Haftungsverhältnisse vor.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen beläuft sich auf TEUR 4.094 und betrifft mit TEUR 2.995 den Mietvertrag für Räumlichkeiten der Hauptverwaltung und mit TEUR 1.099 Firmenfahrzeuge. Davon sind TEUR 966 innerhalb eines Jahres, TEUR 2.136 innerhalb eines Zeitraums von zwei bis zu fünf Jahren und TEUR 992 in mehr als fünf Jahren fällig.

4. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich mit dem Verkauf von pharmazeutischen Produkten innerhalb von Deutschland erzielt und entfallen auf die drei Geschäftseinheiten wie folgt: Onkologie mit TEUR 49.575 (Vorjahr: TEUR 50.512), Neurologie mit TEUR 16.261 (Vorjahr: TEUR 16.452) und Mature and Local Brands mit TEUR 695 (Vorjahr: TEUR 880).

Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 1.123; Vorjahr: TEUR 1.739), die auch Erträge außergewöhnlicher Größenordnung sind, sowie Erträge aus der privaten Nutzung der Firmenfahrzeuge (TEUR 706; Vorjahr: TEUR 641). Die Erträge aus der Währungsumrechnung betragen TEUR 43 (Vorjahr: TEUR 6).

Personalaufwendungen

Die Aufwendungen für Altersversorgung belaufen sich auf TEUR 133 (Vorjahr: TEUR 119).

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten als wesentliche Posten Werbeaufwendungen (TEUR 3.996; Vorjahr: TEUR 4.380), Reisekosten (TEUR 1.268; Vorjahr: TEUR 592), Gebäudemiete und Nebenkosten (TEUR 665; Vorjahr: TEUR 585), und Fahrzeugleasing (TEUR 645; Vorjahr: TEUR 849). Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung betragen TEUR 39 (TEUR 25).

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge / Aufwendungen

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen TEUR 12 (Vorjahr: TEUR 10). Die Erträge aus dem Deckungsvermögen für Pensionsverpflichtungen in Höhe von TEUR 12 (Vorjahr: TEUR 10) wurden mit den entsprechenden Aufwendungen in Höhe von TEUR 12 (Vorjahr: TEUR 10) saldiert. Die Zinsaufwendungen an verbundene Unternehmen betragen TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 0).

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Ertragsteueraufwendungen betreffen mit TEUR 615 das laufende Jahr (Vorjahr: TEUR 1.440) und mit TEUR 16 vorangegangene Geschäftsjahre (Vorjahr: TEUR 27).

5. Sonstige Angaben

Mitarbeiter



Es werden durchschnittlich 148 Mitarbeiter (Vorjahr: 143) beschäftigt.

Geschäftsführung

Herr Gary Bryan Hendler, Director and President and CEO, Eisai Europe Limited, Hatfield, Großbritannien

Herr Nicholas Burgin, President & COO EMEA & President GV&A, Eisai Europe Limited, Hatfield, Großbritannien

Herr Toshihata Asano, bis 28. Juni 2022, Senior Vice President; Strategie Business & Business Development, Eisai Europe Limited, Hatfield, Großbritannien

Die Geschäftsführer haben keine Vergütungen von der Eisai GmbH erhalten.

Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt TEUR 58 und entfällt auf Abschlussprüfungsleistungen.

Einbeziehung in Konzernabschluss

Die Eisai GmbH wird in den Konzernabschluss der Eisai Co. Ltd., Tokio, Japan, einbezogen, die den Konzernabschluss für den größten Konsolidierungskreis aufstellt. Der Konzernabschluss der Eisai Co. Ltd. wird im Kikon Keizai Shimbun, Tokio, Japan, Code 4523 offengelegt. Darüber hinaus wird die Eisai GmbH in den Konzernabschluss der Gesellschafterin Eisai Europe Limited, Hatfield, Großbritannien, einbezogen, die den Konzernabschluss für den kleinsten Konsolidierungskreis aufstellt. Der Konzernabschluss der Eisai Europe Limited wird im Companies House unter der Nummer 05268420 offengelegt.

Ergebnisverwendung

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs eingetreten, die weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt worden sind.

Frankfurt am Main, 13. Juli 2023

Die Geschäftsführung

Gary Hendler

Nicholas Burgin

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31.03.2023

	Stand am 01.04.2022 EUR	Anschaffungskosten Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.03.2023 EUR
Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.607.209,36	178.801,94	70.029,46	1.715.981,84
		kumulierte Abschreibungen		
	Stand am 01.04.2022 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand am 31.03.2023 EUR
Sachanlagen				



	Stand am 01.04.2022	kumulierte Abschreibungen		Stand am 31.03.2023
	EUR	Zugänge	Abgänge	EUR
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.246.236,08	152.464,92	972,66	1.397.728,34
Buchwerte				
		Stand am 31.03.2023		Stand am 31.03.2022
		EUR		EUR
Sachanlagen				
Betriebs- und Geschäftsausstattung		318.253,50		360.973,28

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Eisai GmbH, Frankfurt am Main

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Eisai GmbH, Frankfurt am Main, - bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. April 2022 bis zum 31. März 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden -geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Eisai GmbH, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2022 bis zum 31. März 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. März 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. April 2022 bis zum 31. März 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die



sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können, Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise, Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.



Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Frankfurt am Main, den 13. Juli 2023

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Thomas Ludwig, Wirtschaftsprüfer

Rainer Wiesner, Wirtschaftsprüfer